

# Zeitung Wand

Die Zeitung von unten!

Januar 1984 13

Flugblätter und Plakate werden bevorzugt abgedruckt. Diese Zeitung wird in Köln an die Wände geklebt und ist an einigen Stellen (SSK) für 50Pfg zu kaufen. Wer uns unterstützen will, kann uns beim Kleben und Verbreiten helfen und/oder ein Förderabonnement bestellen. Jahrespreis ab 50,- DM. Damit wird ein Teil der Druckkosten finanziert. Wer wenig Geld hat erhält es für 25 Mark.

Die Kölner Wandzeitung berichtet regelmäßig über Aktionen gegen Kölner Klüngel, Verschwendung, Schiebereien, Spekulationsgeschäfte, Unterdrückung, Beamtenwillkür auf Kosten des kleinen Volkes.

Wer abonniert zahlt 50,- oder 25,- auf Postscheck Köln 381 86/507 G.Siber/Wandzeitung  
Herausgeber: SSK e.V.  
Verlag: Kölner Stadtforum e.V.  
Druck: Betrieb, Merkenicher Str. 99

Verantwortlich:  
Ulla Goebel  
Liebigstraße 25

Angeblich aus Gründen des Umweltschutzes soll eine kerngesunde Firma mit 45 Arbeitsplätzen aus Mülheim verschwinden, weil sie die städtischen Neubaupläne auf dem Böckinggelände stört - „Aus“ für 45 Arbeitsplätze in Mülheim. „Nääl met Köpp“ sprach mit der Stadt und mit Firmeninhaber Zimmermann.

Jeder, der schon einmal bei einer Bürgeranhörung zur Sanierung war, kennt den hochgewachsenen, weißhaarigen älteren Herrn, der sich gegen Ende der Veranstaltung erhebt und an die anwesenden Politiker und Verwaltungsbeamten immer die gleiche Frage richtet: „Mein Name ist Zimmermann und Co. in der Düsseldorfer Str. 64.“

## Sanierung vernichtet Arbeitsplätze

Wir stellen Schweißbahnen aus „Trevira-hochfest“ her. Seit 120 Jahren arbeiten wir an der selben Stelle. Unser

Betrieb geht gut, in den letzten Jahren haben wir über 1 Mio. Gewerbesteuer an die Stadt Köln überwiesen. Wir beschäftigen 45 Arbeitnehmer, die meisten von ihnen kommen aus Mülheim. Seit 5 Jahren höre ich immer wieder, daß unsere Firma wegen Sanierung weg soll. Bis heute habe ich allerdings von der Stadt noch keine verbindliche Auskunft erhalten. Ich frage Sie deshalb: Was planen Sie? Was wird aus unserer Firma? Was wird aus den Arbeitsplätzen? Können wir überhaupt noch investieren? Wo sollen wir hin?“

Um es vorweg zu nehmen: Eine verbindliche Antwort hat der mittelständische Unternehmer Zimmermann, wichtiger Arbeitgeber und Steuerzahler bis heute nicht erhalten.

### Beamte wollen „Zwangsverwaltung“

Stattdessen wurde der Betrieb unter die Zwangsverwaltung des Sanierungsgesetzes gestellt, Mitinhaber Zimmermann: „Bei uns war ein Herr Dr. H. von der Stadt und sagte: „Ich bin jetzt für Ihren Betrieb zuständig. Sie dürfen keinerlei Veränderungen oder Investitionen vornehmen, ohne meine Genehmigung.“ Dann mußte ich ihm die Bilanzen übergeben.“

Eine Begründung für diese Knebelung des Betriebs blieb Herr Dr. H. schuldig. Nur eines wird immer wieder ganz klar gezeigt: Die Firma muß weg. Der Grund dafür sind die lukrativen Neubaupläne auf dem angrenzenden Böcking-Gelände, wo die besseren Herrschaften aus Köln in teure Luxuswohnungen investieren sollen. Und dabei stört die Firma Zimmermann, die mit ihren Werkhallen und mit ihren Stahlkesseln mitten in dieses Neubaugelände hineinragt.

### Sanierungsspekulation gefährdet kerngesundes Unternehmen

Denn die Stadt Köln hat für das Böcking-Gelände viel Geld ausgegeben, genauer gesagt 22 Millionen, über 200 DM pro qm. Und dieses Geld muß wieder hereinkommen. Und das geht nur, wenn das Gelände als Wohnbaugelände teuer losgeschlagen wird. Aber die Stadt will noch mehr: Sie will am Verkauf des Böcking-Geländes noch einen Schnitt von mehreren Millionen machen,

um ihre leere Sanierungskasse aufzufüllen. Für dieses Verhalten der Stadt gibt es ein Wort, es heißt: Grundstücksspekulation oder besser Sanierungsspekulation. Und für diese Spekulation sollen die Mülheimer Arbeiter gleich zweimal bezahlen: einmal mit dem Verlust von Arbeitsplätzen und zum zweiten mit dem Verzicht auf die versprochenen preiswerten Sozialwohnungen, denn die können auf dem überbewerteten Böcking-Gelände natürlich nicht mehr gebaut werden.

### Eine alte Traditionsfirma

Um das Ziel ihrer Sanierungsspekulation dennoch zu erreichen, streuen Beamte und Politiker gezielt Gerüchte aus, die den Ruf und damit die Existenz der Firma Zimmermann zerstören sollen. Von schweren Umweltbelastungen ist da die Rede, von unerträglichen Geruchsbelästigungen und von einem Verbot der Gewerbeaufsicht, welche angeblich Neubauwohnungen neben bitumenverarbeitenden Betrieben nicht duldet.

Dabei wird geflissentlich übersehen, daß schon seit über 100 Jahren neben der Firma Zimmermann Wohnhäuser stehen, unter anderem die teuersten Villen von Mülheim.

Ein Nachbar dazu: „Zwei bis drei mal die Woche riecht es für eine halbe Stunde nach Bitumen, das ist alles.“

Dazu Mitinhaber Zimmermann: „Dieser Geruch tritt nur dann auf, wenn die Kessel mit flüssigem Bitumen gefüllt werden. Dabei tritt ein Teil der Preßluft aus. Wir sind aber dabei, ein neues Füllsystem einzuführen, bei dem nichts mehr austritt und das geruchsfrei arbeitet. Der erste Kessel ist bereits umgerüstet. Das ist dann die letzte offene Stelle, die wir schließen. Ansonsten ist unsere Anlage heute schon in einem geschlossenen Kreislauf, aus dem nichts austreten kann. Umweltbelastungen sind damit weitestgehend ausgeschlossen.“

Stolz verweist er auf den hohen Stand seiner Firma in Sachen Arbeits- und Umweltschutz: „Die Bitumenpakete zum Kleben der Schweißbahnen packen wir unter Wasser ab, in einem von uns entwickelten patentierten Verfahren. Es gibt keine Geruchsentwicklung und die Arbeiter sind geschützt.“

Bisher hat die Stadt noch nicht einmal geprüft, ob durch diese technischen Maßnahmen oder durch andere Auflagen die noch vorhandene geringe Umweltbelastung abgebaut werden könnte, obwohl sogar ein Be-

# ENDLICH

## die ersten Sozialmieter an der Niehler Straße

<b>Dr. med. Busch</b> Geburts helfer	<b>R. Bransky</b> Brandschutz GmbH	<b>Dr. Karola Wirths</b> Prof. Dr. Willi Wirths
<b>Dr. Herbert Culmann</b> Rechtsanwalt	horst laue - ing. grad.	<b>Nikolaus Obermaier</b> Maler- & Tapezierarbeiten Befronauffüllung
<b>Dr. H. Kusche</b>	<b>KAUFHOLD &amp; PARTNER</b> GmbH	<b>Dr. Reiner Matern</b>
<b>K.H. Gauß</b> <b>E. Wiechert</b> Geschäftsführer & Teilhaber: Securia + Kaufhold & Partner GmbH	<b>Dr. Hubert Voigtländer</b>	<b>Securia</b> Baubetreuungs & Verwaltungsgesellschaft mbH

## und 24 weitere von den „Ärmsten der Armen“ des Bauherren-Sozialplans

Jahrelang hat die Stadt Köln an der Niehler Straße alte guterhaltene Häuser aufgekauft und abgerissen, weil da eine vierspurige Durchgangsstraße gebaut werden sollte! Diese Straßenplanung, das weiß in Nippes sogar jeder Bezirksvertreter, ist ein Schuß in den Ofen. DIE NIEHLER STRASSE BLEIBT ZWEISPURIG!

Damit nun der Abriß von über 40 Häusern nicht gar so grundlos erscheinen sollte, gelang dem Rat im Frühjahr '82 für das einfache Volk folgender Niehlerstraßen-Beschluß: „Im Rahmen der bestehenden Fluchtlinienausweisung sollen die vorhandenen und entstehenden Baulücken schnellstmöglich durch Wohnungsneubau im sozialen Wohnungsbau geschlossen werden“.

Aber auch andere wurden zu diesem Zeitpunkt schon von ihrem „sozialen Gewissen“ geplagt. Die Fa. SECURIA nämlich hatte längst Schritte unternommen, an der Niehler Str. (bzw. Franziska- und Gellertstr.) eines dieser neuartigen „sozialen Bauherrenmodelle“ entstehen zu lassen. Für ihre selbstlosen Pläne hatte sie weder Kosten noch Mühen gescheut, um die privaten Eckgrundstücke Franziskastr.6 und Gellertstr. 1 zu kaufen.

Wie so oft, wenn es um die „Ärmsten der Armen“ geht, gabs die zum Gelingen der caritativen Unternehmung fehlenden städt. Grundstücke vom Rat am 5.10.82 zum Sozialtarif dazu. Im blinden Vertrauen auf die tatkräftige Unterstützung durch die Verwaltung der Stadt, hatte die SECURIA schon vorher (?!) die Werbetrommel gerührt.

Nun warten die Sozialmieter (siehe oben) bereits ungeduldig darauf, in die neuen Wohnungen einzuziehen.

Für Filz und Klüngel immer da: Verwaltung und Securia!



schluß der Bezirksvertretung fordert: „Die Verwaltung soll prüfen.....“

Aber es soll ja auch gar nicht geprüft werden, denn dabei würde ja herauskommen, daß die Firma Zimmermann bleiben kann und damit wäre die Aufwertung des Böcking-Geländes zum Luxuswohngebiet mit Park gescheitert.

Ein alter Mülheimer Arbeiter dazu: „Ich bin hier in Mülheim geboren. Wir haben immer neben Fabriken gelebt. Wir kennen das nicht anders und wir wollen das auch nicht anders. Denn das sind ja letztendlich die Arbeitsplätze, von denen wir leben.“

### Die Kleinen verlieren bei der Sanierung

Inzwischen ist auch schon ein „vereidigter Gutachterausschuß“ tätig gewesen und hat Herrn Zimmermann eine Entschädigungssumme für das Grundstück genannt: 140 DM pro qm.. Merkwürdig nur, daß derselbe Gutachter ausschuß soeben für ein Tankstellengelände, das ebenfalls ans Böckinggelände grenzt, 300 DM pro qm als Entschädigungssumme festgelegt hat, also mehr als das Doppelte. Aber hier ist der Eigentümer auch der Großkonzern BP. Ein Sanierungsfachmann zu „Nääl met Köpp“: „Eine

altbekannte Tatsache. Großkonzerne machen in der Sanierung den goldenen Schnitt, mittlere Unternehmen machen Verluste und die Kleinen werden kaputt gemacht.“ Dieser Vorschlag alleine beweist schon, daß die Stadt an einem Überleben der Firma gar nicht interessiert ist, denn das Geld fehlt natürlich bei einer eventuellen Verlagerung.

Zimmermann: „Man hat mir jetzt im Kölner Norden, linksrheinisch, ein Grundstück angeboten, aber das kommt für mich nicht in Frage. Ich kann meinen Arbeitern nicht zumuten, so weit zu fahren. Die meisten kommen nicht einmal mit dem Auto, sondern mit dem Fahrrad.“

Daneben ist noch ein Grundstück in Kalk im Gespräch, auf dem Gelände der Chemischen Kalk. Dieser Vorschlag alleine beweist, daß es der Stadt bei der geplanten Verlagerung der Firma Zimmermann gar nicht um Umweltschutz gehen kann, denn sonst könnte sie gar nicht erst erwägen, die Firma Zimmermann ausgerechnet nach Kalk, in das Viertel mit der höchsten Luftbelastung in Köln zu verlagern.

In Wirklichkeit wird von Verwaltung und Politikern längst eine andere Lösung betrieben: Die Firma soll ganz weg aus Köln. Ein Standort ist auch

schon ausgemacht, in Dorsten, nördlich von Dortmund, wo eine Schweisterfirma, die Dr. Kohl GmbH ebenfalls Schweißbahnen herstellt. Dazu Herr Zimmermann: „Dorsten ist ausgeschlossen. Das Gelände liegt in einem reinen Gewerbegebiet, das an Wohnhäuser grenzt. Dort darf nicht erweitert werden.“

Und eine neuere, größere Anlage, auf einem neuen Grundstück in Dorsten? Zimmermann: „Das können wir nicht bezahlen.“ Einen Köder hat die Stadt bereits ausgelegt: Wenn die Firma Zimmermann freiwillig aus Köln verschwindet, soll sie als Belohnung einen Lagerplatz auf dem ehemaligen Rasthof an der Autobahnauffahrt Mülheim erhalten.

### 45 Arbeitnehmer bangen um ihren Job

Kein Politiker und kein Beamter hat bisher Bedenken dagegen erhoben, daß auf diese Weise mit Mülheimer Sanierungsgeldern Arbeitsplätze aus Mülheim in eine andere Stadt verlagert werden sollen. Ein Beamter zu „Nääl met Köpp“: „Was wollen Sie, die Arbeitsplätze bleiben doch in Nordrhein-Westfalen!“ Dazu Zimmermann: „Freiwillig gehe ich nicht. Ich kralle mich hier fest. Wenn meine Arbeiter erfahren, daß die Stadt hier dicht macht, dann gibt es eine Revolution.“

## Nach drei Jahren endlich Strom am Ensener Weg

Seit drei Jahren leben wir, die Mitglieder der Porzer Selbsthilfe nun in den städtischen Häusern am Ensener Weg. Wir räumten Schutt und Müll, der sich im Laufe der Zeit auf diesem städtischen Grundstück sammelte, LKW-weise fort. Nach und nach erneuerten wir sämtliche Fenster, Türen usw.. Wir installierten einen Wasseranschluß (einschließlich Dusche) und setzten den hier vorhandenen Wohnraum bestmöglich instand.

Durch unserer eigenen Hände Arbeit erhielten wir hier guten Wohnraum für ca. 50 Menschen, den die Stadt Köln wie Müll behandelte und die Häuser unter dem Joch der FDP zum Abriß freigegeben hatte.

Durch mühevoller Kleinarbeit, durch zahlreiche Flugblätter und Plakate, Beschwerden bei den Aufsichtsbehörden und durch Gerichtsverfahren, in denen wir unsere veröffentlichten Spekulationsvorwürfe gegenüber dem FDP-Ratsmitglied Faber letztlich verantworteten, konnte der rechts-widrige Abrißbeschuß verhindert werden.

Dadurch spart die Stadt etliche Hunderttausend an Unterbringungskosten (nach BSH 6), Renovierungskosten, ganz zu schweigen, daß wir dem Staat durch unsere Selbsthilfe Unsummen an Sozial- und Arbeitslosen-Unterstützung sparen.

Dafür werden wir immer wieder mit Füßen getreten. Man zog uns mit Beschimpfungen wie arbeitsscheues Gesindel, Rechtsbrecher und Chaoten, verwahrloste Jugendliche mit Flaufen im Kopf durch den Dreck. Und man verweigerte uns die Mindestvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Wohnen (Strom- und Wasser-Anschlüsse). Oberstadtdirektor Rossa beschuldigte uns sogar als Strom- und Wasser diebe.

Bei dem Versuch die Stadt vor dem Verwaltungsgericht auf die Zuweisung von menschenwürdigem Wohnraum oder die Erstellung von Strom- und Wasseranschlüssen zu verklagen, zog sich die Stadt mit der Lüge, „Die Antragsteller hätten sich nicht zuvor bei den zuständigen Behörden um eine menschenwürdige Unterbringung bemüht“ aus der Affäre. Und das, obwohl einige von uns über Jahre hinweg von der Stadt immer wieder auf die Straße geschoben wurden!

#### DOCH DREI JAHRE SIND GENUG!

Es geht auch für uns wieder auf Weihnachten zu. Für uns das dritte Fest, daß wir alle zusammen erleben werden. Unter uns sind Menschen, die in Heimen, Anstalten und anderen Abschiebeeinrichtungen kein richtiges Weihnachten kannten. Kurzum: Menschen, die kein oder nie ein Zuhause hatten.

Während bei Euch draußen die Kerzen am Weihnachtsbaum Wärme und Festlichkeit vermitteln, sind sie für uns alltäglich und ein wichtiges Notbehelf.

Doch dieses Jahr wollen wir Weihnachten mit Strom verbringen. Wir haben uns erkundigt und erfahren, daß zu Renovierungszwecken gegen die Installierung eines sog. Baustromverteilers mit einem Stromzähler rechtlich keine Bedenken einzuwenden sind. Deshalb haben wir uns von unserem selbstverdienten Geld einen Baustromverteiler und einen zulässigen Zähler gekauft.

Den Strom den wir verbrauchen, werden wir bei der GEW bezahlen, da wir ehrlich sind und „nicht stehlen“ wollen. Für den Fall, daß die GEW das Geld nicht annimmt, haben wir ein Konto eingerichtet, auf dem wir das Geld zur freien Verfügung der GEW einzahlen werden.

Am 24. Dezember werden wir uns deshalb das Licht anschalten und hoffen, daß dieses auch weiterbrennt, wenn unser Nachwuchs kommt. Denn bei uns wohnen zwei Familien die in Kürze Kinder erwarten.

Wir wünschen allen ein frohes Weihnachtsfest.

Porzer Selbsthilfe e.V.  
Ensener Weg 64-68  
Telefon 820/12 880



Dieses Flugblatt verteilen wir am 23. Dez. letzten Jahres an 10.000 Haushalte und klebten es 250 mal als Plakat. Am 29. Dez. erschien daraufhin bei uns die GEW in Begleitung der Presse und erklärte sich „öffentlich“ bereit, uns den Strom nach Erfüllung einiger Sicherheitsvorschriften selbst anzuschließen. Dies geschah auch am nächsten Tag. Nach 3 Jahren haben wir jetzt endlich Strom am Ensener Weg, der mittlerweile die Flure und die ersten Wohnungen beleuchtet. Übel wollen könnte uns wieder einmal nur die Stadt Köln, wenn sie den sog. Anschlußvertrag mit der GEW aufkündigt. Dann müßte uns die GEW vom Stromnetz wieder abklemmen. Es fragt sich nur, wie man das rechtfertigen wollte. Die Stadt hat also weiterhin ihren Schwarzen Peter mit seiner menschenverhöhrenden Spekulantenfrazte und auch die GEW war nicht die Dumme, die sich ihn gezogen hat. Fraglich also, wie lange die Stadt Köln sich noch mit ihm zu schmücken gedenkt?

# Möbel

In unseren Lagern warten preiswerte Möbel auf Sie:

z.B. Schränke, Tische, Öfen, Elektrogeräte, Couchgarnituren, Betten ...  
... schon ab 30,-

Außerdem Kleintransporte, Umzüge, Entrümpelungen, Gelegenheitsarbeiten in Haus und Garten.

SSK Köln 1  
Saliering 37, Tel. 213175

SSK Ehrenfeld  
Liebigstr. 25, Tel. 556189

SSK Mülheim  
Düsseldorferstr. 74, Tel. 625052

SSK Bensberg  
Hasselstr. 1, Tel. 02204-68632

Porzer Selbsthilfe  
Ensener Weg 64, Tel. 820-12880

SSK Waldbröl  
Hermesdorf, Tel. 02291-1308



## Stadt Köln zerstört:

ca. 30 bewohnte ‚Behelfsheime‘, ein städt. Wohnhaus für 12 Familien, ein städt. gefördertes Katzenheim, ca. 50 Schrebergärten, Kleingewerbebetriebe.

An die Bezirksverwaltungsstelle Köln-Innenstadt

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Anwohner der Schmalbeinstr. bitten wir Sie „Nehmen Sie uns unsere Wohnungen, Betriebe und Gärten nicht weg!“

Auf der Bürgeranhörung am 3.10.83 im Gymnasium Kreuzgasse wurde uns angedroht, daß wir kurzfristig unsere Wohnungen, Betriebe und Gärten zu räumen hätten, um Platz für Grünflächen und Schutzwälle zu machen. Leider hat uns keiner der anwesenden Herren sagen können, was ‚kurzfristig‘ zu bedeuten hat. Da unsere Mietverträge nur eine dreimonatige Kündigungsfrist enthalten, haben wir die Befürchtung irgendwann kurzfristig auf die Straße gesetzt zu werden.

Wir wohnen teilweise seit über 30 Jahren hier, haben z.T. größere Investitionen in Betriebe und Wohnungen getätigt (2 Parteien mußten sogar auf Anweisung der Stadt Köln letztes Jahr für 6-10000 DM neue Kanalanschlüsse anbringen lassen / ein Gewerbebetrieb hat für über 100.000 DM Investitionen getätigt) und nun haben wir Angst unser Geld umsonst investiert zu haben.

Bitte geben Sie uns Auskunft ob und wie lange wir hier wohnen bleiben können. Lassen Sie uns unsere Existenzen und Wohnungen, verpflanzen Sie keine Alten Bäume die woanders eingehen würden. Wir hoffen von Ihnen eine konkrete Auskunft über unseren Verbleib zu erhalten.

Im Voraus besten Dank.

Die Anwohner der Schmalbeinstr.

Damit der Verkehr aus Ehrenfeld ungehindert über die Vogelsanger Str., Ludolf-Camphausenstr., Friesenplatz, in die Innenstadt fließen kann, wird die Ludolf-Camphausenstraße zum Bahndamm um 30 Meter verlegt und 4-spurig ausgebaut. Zitat städt. Planungskonzept: „... den Kfz-Verkehr mit jeweils 2 Fahrstreifen je Richtung wie folgt zu führen: ... Venloerstr. - Ludolf-Camphausenstr. - Vogelsangerstraße.“

So muß letztendlich schon jetzt für den Ausbau der Venloerstr. ein Wohnhaus, Schrebergärten und Behelfsheime abgerissen werden. Denn die neue ausgebauten Straßen sollen in Zukunft den Verkehr der Venloerstr. aufnehmen, damit hier eine Fußgängerzone geschaffen werden kann. Schon jetzt, obwohl die Planung noch nicht abgeschlossen ist und die Initiative ‚Erhaltet die Ludolf-Camphausenstraße‘ sich für den Erhalt der bestehenden Bebauung einsetzt, wurde ein Schrebergarten dem Erdboden gleichgemacht.

Die Verlängerung der Ludolf-Camphausenstr., die Schmalbeinstr. soll ebenfalls durch eine neue Wahnsinnsplanung zerstört werden. Hier ist es kein Straßenausbau, sondern die Neuordnung des Grüngürtels. Zitat städt. Planungskonzept: „Die Kleingärten sollen im Bereich der Schmalbeinstr. kurzfristig neu geordnet werden...“. An der Schmalbeinstr. wohnen ca. 30 Familien zum Teil seit 30 Jahren. Die Vertreibung der Anwohner erfolgt ohne Aufstellung eines Sozialplans, zu dessen Aufstellung die Stadt verpflichtet ist. Anstelle der jetzigen Bebauung soll eine durchgängige Grünfläche entstehen.

Der Eigentümergemeinschaft der beiden Hochhäuser Kreuzstr. 2 und 4 im Grüngürtel sind diese Gärten und Gewerbebetriebe schon immer ein Dorn im Auge. Zitat: „In der Gesamtkonzeption wird mit dem inneren Grüngürtel ein richtungweisendes städtebauliches Denkmal entstehen, das über die Grenzen der Stadt hinaus Beachtung und Zustimmung finden wird.“

Initiative gegen die Rahmenplanung Ehrenfeld-Ost  
im Kölner Arbeitslosenzentrum, Philipstraße 23, Treffen jeden Di. 20 Uhr